

An das Amtsgericht Köln
Luxemburgerstrasse 101
50922 Köln

in dem Rechtsstreit

219 C 242/23

Erben nach Dieter Heuwing ./ Vogler u.a.

Hier nun wie gestern telefonisch erörtert meine weitere Einreichung zur Sache 26.04.2024

#1 Am 7.3.24 habe ich ihnen wiederholt (Ersteinreichung 11.1.24) zu den Unterlagen gereicht, das ich mich von Herrn RA Ratz zu keinem Zeitpunkt ordentlich vertreten gefühlt habe und das ich ihm das Mandat, für mich zu sprechen entzogen habe. **Am selben Tag habe ich Herrn RA Ratz bei der Kölner Staatsanwaltschaft wegen Betrug und vorsätzlicher Verschleppung in vorangegangener Sache angezeigt und eine Untersuchung derselben beantragt! (222 C 164/23)**

Herr Ratz hat in Gesprächen mehrfach deutlich seine politische Gesinnungsgemeinschaft mit der Gegenpartei durchblicken lassen (**Rassismus!**) In ihrem Beschluss vom **16.04.24** wird mir Herr Ratz nun als Rechtsbeistand erzwungen zugeordnet, dies scheint fragwürdig formale zu Gründe haben. **Ich wiederhole hiermit jedoch ausdrücklich das ich Herrn Ratz den Willen und altersbedingt die Fähigkeit abspreche mich ordentlich vor Gericht zu vertreten.** Selbst das beantragen von PKH hat nicht funktioniert. **Meine Erfahrung mit ihm ist so hinreichend schlecht, das keine weitere dieser Art in Frage kommt.**

#2 Zum anderen **beantrage ich eine plausible Begründung warum ein Widerspruch gegen den vom Gericht angestrebten Vergleich, noch vor Urteilsverkündung, nicht möglich sein soll.**

In ihrem Schreiben vom **13.02.2024** wollen sie mich mit der pauschalen Begründung "**... das der Vergleich für sie unwiderruflich ist...**" zwingen, den verleumderische Tatvorwurf säumiger Pacht-Rückstände, in Form eines Vergleiches zu meinen Ungunsten zu akzeptieren. Nach diesem Vergleich wäre es mir nicht mehr möglich meine finanziellen Ansprüche juristisch einzuklagen. Wozu ich mich jedoch leider gezwungen sehe, da die Höhe der Summe und die Art und Weise einem ordentlichem Rechtssystem sonst Hohn spotten.

Bei ordentlicher Prüfung der eingereichten Unterlagen dürfte der Vergleich eigtl. nicht zulässig sein, da die Anklage auf verleumderischen Vorwürfen beruht. Sie haben am **31.01.2024** einen Widerspruch und Gegenklage erhalten, **am 7.3.24 habe ich die Kölner Staatsanwaltschaft in gesondertem Schreiben nochmal explizit auf den gut dokumentierten Sachverhalt hingewiesen.**

#3 zum **25.04.24** erhielt ich ein Schreiben des testamentarischen Vollstreckers der "**Erben Heuwing**" - Herr Jürgen Seuber- mit der Aufforderung, die seit dem Gerichtstermin am 12.01,24 nun erstmals entstandenen Rückstände seit Januar 2024 bis zum 3.5.24 auszugleichen. (**Anhang A**) Dem Entnehme ich das die Klägerseite **nicht(!)** wie von ihnen formuliert "**... auf rückständige Pachtzahlungen verzichtet...**" und es **unterstreicht den verleumderischen Vorwurf von Rückständen, die es in der vorher beklagten Form so nie gab.**

Sie haben Kenntnis über meine finanzielle Situation und darüber das ich mir die letzten Monate die Pachtzahlungen vom Mund absparen musste, da ich ausser einem Existenzminimum zum leben, vom Jobcenter Köln keine finanzielle Unterstützung für die Kosten meiner Unterkunft bekomme.

Zudem bin ich durch ständige, gewalttätige Übergriffe nicht ordentlich arbeitsfähig und die Täter scheinen unter „schützender Hand“ zu stehen, die Justiz ignorierte bislang grob 10 Strafanzeigen, die Straftäter bleiben unbehelligt!

Wenn sie mich schon zwingen wollen aufgrund erfundener Vorwürfe sämtlich Ansprüche in Abrede zu stellen, sollten sie doch zumindest die Achtsamkeit besitzen mich von weiteren Belastungen ausgenommen zu wissen. **In gegebener Form ist das Gericht schlicht an einer gezielt betriebenen Abwärtspirale gegen mich und mein Leben aktiv beteiligt.**

#3 Nun ist ja bekannt das vor Gericht Weisungsbefugnisse bestehen, die einem Laien ausserhalb der juristischen Verbindungen schlicht nicht zugänglich sind. **Deshalb beantrage ich genauere Kenntnis darüber, inwiefern das fragwürdige Procedere juristisch oder vielmehr politisch begründet ist.** In der Summe der Fragwürdigkeiten verleumderischer Anklagen und diverser Angriffe auf mich und mein Leben, drängt sich ein politischer Hintergrund auf, den ich durchaus mit der o.g. Gesinnungsgemeinschaft des Herrn Ratz (bzw. auch ?BAVS/BMI? "Haiduk") verknüpft sehe.

#4 Desweiteren beantrage ich die Mitteilung eines neuen Urteilsverkündungstermins, sowie die Kenntnis darüber, ab wann der dann erzwungene Vergleich rechtskräftig werden soll.

#5 Das ich das Gelände gerne in ordentlicher Frist räume wissen sie, einen Totalausfall meiner Ansprüche kann ich mir allerdings leider nicht leisten.

mit freundlichem Gruß

26.04.2024 Köln

Noah Rolf L. Vogler, Ginsterpfad 84, 50737 Köln

(Web -Edit: Konzentrationsschwierigkeit in der Nummerierung - #3 ist doppelt, zählt als #4, die Aufzählung ist also logisch nicht ganz richtig angeordnet. Es fehlt #6. Ermessen des Gerichts?)